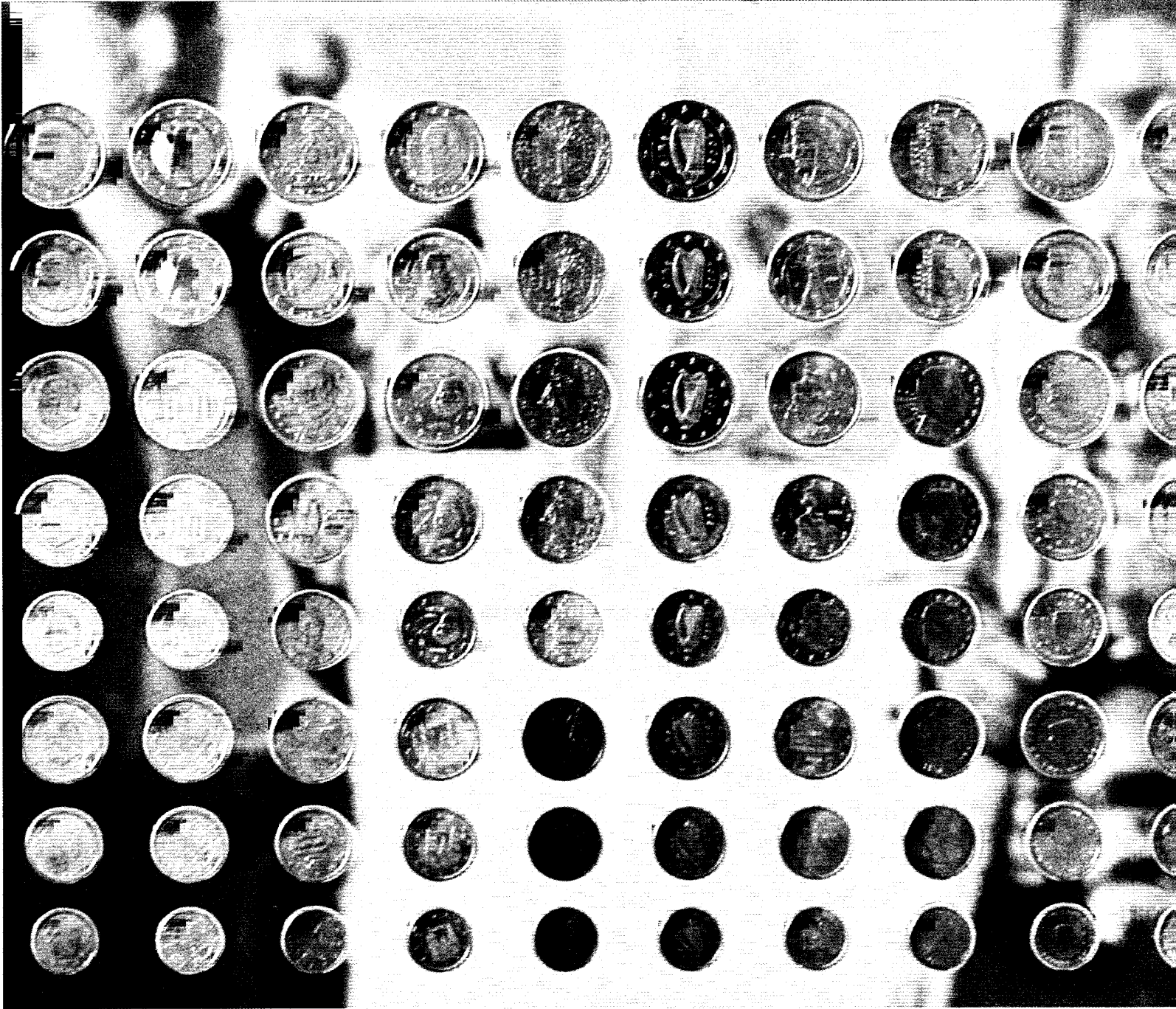


# Der Euro und

Article by an MPIFG researcher

Martin Höpner: Der Euro und die Lohnpolitik. In: Die Mitbestimmung 48(3), 46-49 (2002). Hans-Böckler-Stiftung



# die Lohnpolitik



„Das Verhalten der irischen Gewerkschaften hat Auswirkungen auf Arbeitsverhältnisse in Deutschland – und umgekehrt. Darin, nicht in europäischen Tarifverträgen, besteht die Europäisierung der Tarifpolitik.“ – So eine These aus der sozialwissenschaftlichen Debatte um die Frage: Wie wird Lohnpolitik unter den Vorzeichen der Währungsunion diskutiert?

■ Seit 2002 ist der Euro als Bargeld eingeführt, seit Anfang 1999 hat die Europäische Zentralbank die Geldpolitik in den Mitgliedsländern der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion übernommen. Welche Implikationen hat der Euro für die nationalen Volkswirtschaften – und für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften? Sollte, ja muss nicht der Europäisierung der Geldpolitik die Vereinheitlichung vor allem der Lohn- und der Finanzpolitik folgen? Wie viel Unterschiedlichkeit verträgt ein einheitlicher Währungsraum? Vielfach wird in aktuellen sozialwissenschaftlichen Fachzeitschriften das Verhältnis von Konvergenz und Divergenz in Euroland diskutiert. Mitunter kommen die Autoren zu verblüffenden Ergebnissen.

In der Märzangabe 2001 der Sozialen Welt dokumentiert der Politikwissenschaftler Rainer Weinert unter dem Titel „Zwangs-Europäisierung europäischer Nationalgewerkschaften“ Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt zur Europäisierung der Tarifpolitik. Die Erwartungen, die der Titel möglicherweise weckt, werden auf den Kopf gestellt: Von einer Verlagerung tarifpolitischer Kompetenzen auf die europäische Ebene kann keine Rede sein. „Die hier diskutierten transnationalen Gewerkschafts koordinierungen wirken eher in die umgekehrte Richtung: als Internalisierung von Europa in die nationale Politik.“ →

Von Martin Höpner

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Auch weiterhin wird er für die Mitbestimmung regelmäßig Erkenntnisse aus internationalen sozialwissenschaftlichen Publikationen resümieren.

→ Mit der Verwirklichung des Euro stehen die nationalen europäischen Volkswirtschaften in direktem Preiswettbewerb zueinander, der sich auch auf die Löhne erstreckt. Weinert argumentiert, dass nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Gewerkschaften die Lohnentwicklungen der europäischen Nachbarländer unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten beobachten. Die nationale Lohnpolitik ist damit in einen suprastaatlichen Kontext geworfen. Das Verhalten der irischen Gewerkschaften hat Auswirkungen auf Arbeitsverhältnisse in Deutschland – und umgekehrt. Darin, nicht in europäischen Tarifverträgen, besteht die Europäisierung der Tarifpolitik.

### IG Metall als europäisches Referenzmodell

Rainer Weinert betont, dass die deutsche Lohnpolitik, und damit die des Lohnführers IG Metall, de facto als europäisches Referenzmodell fungiert. In den vergangenen Jahren haben Versuche eingesetzt, freiwillige Informations- und Abstimmungsprozesse in wichtigen gewerkschaftlichen Handlungsfeldern zwischen europäischen Gewerkschaften in Gang zu setzen. Am wichtigsten: die Doorn-Initiative. 1997 trafen sich Gewerkschafter aus Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Deutschland im niederländischen Doorn und verabredeten regelmäßige Konsultationen über die tarifliche

Entwicklung. Ziel der Beteiligten: die Verteidigung ihrer jeweiligen nationalen Modelle. Während die niederländischen Gewerkschaften negative Effekte auf die eigene Politik abwehren und also ihre Autonomie verteidigen wollten, hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund ein „Kontrollinteresse“, das darauf gerichtet war, Lohnunterbietung der Niederländer zu unterbinden. Niemand spricht so viel von der Europäisierung der Tarifpolitik wie die Deutschen – im wohlverstandenen nationalen Eigeninteresse. Gerade Gewerkschafter aus kleinen Ländern sehen diese Strategien mit Argwohn. Aus dieser „Atmosphäre des Misstrauens“ entstand ein Prozess, in dem sich die Beteiligten kennen lernten und die Sensibilität füreinander schärften. Die Institutionen der Lohnfindung werden nationale bleiben. Insofern, so der Autor, „darf bezweifelt werden, ob es überhaupt Sinn macht, von ‚industriellen Beziehungen‘ auf europäischer Ebene zu sprechen“.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen Stéphane Le Queux und Giuseppe Fajertag, Mitarbeiter des europäischen Gewerkschaftsinstituts in Brüssel, in der Februar-Ausgabe 2001 des *European Journal of Industrial Relations*. Ob ein Prozess der Europäisierung von Tarifverhandlungen eingesetzt hat, diskutieren sie anhand der Entwicklungen in den Chemiesektoren fünf europäischer Länder. Die tarifpolitischen Leitlinien, die von der European Mine, Chemical and Energy Workers Federation (EMCEF) verabschiedet wurden, spielen für die nationalen Tarifpolitiken nur eine geringe Rolle. Bemühungen um eine ernsthafte Koordinierung der Tarifpolitik sind bisher nicht erfolgt, aber die Ausgangsbedingungen der nationalen tarifpolitischen Strategien werden zunehmend um eine internationale Dimension angereichert. Allerdings betonen die Autoren, dass Europäisierungsschritte für die Zukunft durchaus denkbar sind. Die Beteiligten befänden sich in einer Phase des Experimentierens, deren weiterer Verlauf offen ist.

Weil die Europäische Zentralbank einen einheitlichen Zinssatz festlegt, fällt die Geldpolitik als Mechanismus in Zukunft aus, wenn es gilt, regional unterschiedliche ökonomische Entwicklungen auszugleichen. Ob die Migration von Arbeitskräften als Anpassungsmechanismus zur Bewältigung asymmetrischer Schocks dienen kann, analysiert der Ökonom Patrick A. Puhani in der Februarausgabe 2001 der *German Economic Review*. Führt eine Verlagerung der Arbeitslosigkeit von Region A nach Region B zu Migration von B nach A? Der Autor untersucht die Migrationsbewegungen zwischen 30 westdeutschen, 21 französischen und 20 italienischen Regionen. Fazit: Im Vergleich zu Ländern wie den USA und Japan sind die Migrationselastizitäten in

#### Die Zeitschriftenaufsätze

- Rainer Weinert, 3/2001: Zwangs-Europäisierung europäischer Nationalgewerkschaften. In: *Soziale Welt* 52, Seite 323–340.
- Stéphane Le Queux, Giuseppe Fajertag, 7/2001: Towards Europeanization of Collective Bargaining? Insights from The European Chemical Industry. In: *European Journal of Industrial Relations* 7, Seite 117–136.
- Patrick A. Puhani, 2/2001: Labour Mobility: An Adjustment Mechanism in Euroland? Empirical Evidence for Western Germany, France and Italy. In: *German Economic Review* 2, Seite 127–140.
- Henrik Enderlein, 3/2001: „Adapt a Winning Team!“ Die Auswirkungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf Konjunkturzyklen und die wirtschaftspolitischen Institutionen: Österreich im europäischen Vergleich. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 3, Seite 257–274. Ergänzend wurde außerdem die im November 2001 an der Universität Bremen eingereichte Dissertationsschrift des Autors berücksichtigt.

den betrachteten kontinentaleuropäischen Regionen sehr gering, in Frankreich und Italien noch geringer als in Deutschland. Nach ungefähr 20 Monaten können in Deutschland maximal 30 Prozent eines asymmetrischen Schocks durch den Umzug von Arbeitskräften absorbiert werden. Puhani argumentiert, dass die Elastizitäten zwischen europäischen Ländern geringer sind als innerhalb dieser Länder – und folgert, dass die Arbeitskräfte-mobilität kein signifikanter Anpassungsmechanismus in Euro-land ist.

## **Was, wenn die nationale Geldpolitik ausfällt?**

In seiner umfassenden Analyse der Entwicklung nationaler Institutionen im Zuge der Währungsunion wirft der Politikwissenschaftler Henrik Enderlein in der Märzangabe 2001 der Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft dieselbe Frage auf: Welche Instrumente verbleiben, um regional unterschiedlichen Entwicklungen entgegenzusteuern? Die Europäische Zentralbank fungiert in Enderleins Argumentation als Problemverursacher: Sie richtet ihre Zinspolitik an Durchschnittswerten aus. Wer vom europäischen Inflationsdurchschnitt abweicht, wird deshalb zwingend mit zu hohen oder zu niedrigen Realzinsen konfrontiert, die den Konjunkturzyklus zu stark bremsen oder zu stark beschleunigen. Um dies auszugleichen, bleiben den Staaten nur die Finanz- und die Lohnpolitik.

In Österreich und Deutschland ist der Realzins zu hoch, die Konjunktur wird zu stark abgebremst. Die Lohnpolitik kann, dem Autor zufolge, in so einer Situation nichts ausrichten. Es bleibt die Finanzpolitik, die die Steuern senken und die Ausgaben erhöhen müsste. Dieser Weg aber ist in Deutschland versperrt: Gerade Deutschland, das den Stabilitäts- und Wachstumspakt bei den europäischen Partnern durchgesetzt hat, kann es sich politisch nicht leisten, das Drei-Prozent-Verschuldungskriterium zu ignorieren und sich mit den europäischen Institutionen anzulegen. Die Aussicht: eine Phase niedriger Wachstumsraten.

## **Irland müsste Geld an Deutschland überweisen**

Eine Situation überhitzter Konjunktur und zu niedriger Realzinsen zeigt sich gegenwärtig in Irland. Das ist nur vordergründig von Vorteil für die Iren: Bleibt die Inflation lange über dem EU-Durchschnitt, wird eine „wei-

che Landung“ der irischen Wirtschaft nicht möglich sein. Wird die Konjunktur durch eine Verschlechterung der Außenhandelsbilanz gebremst, steht Irland eine schwere Krise bevor. Das Paradox: je höher die Inflation, umso stärker sinken die Realzinsen. Um gegenzusteuern, müssten die Gewerkschaften Lohnzurückhaltung üben, und die Regierung müsste die Steuern erhöhen. Aber das ist vor dem Hintergrund einer boomenden Konjunktur und hoher Unternehmensgewinne politisch kaum durchsetzbar. Schon die Lohnabsprachen im irischen Sozialen Pakt wurden im Jahr 2000 nicht eingehalten.

Ein Finanzausgleich, der die unterschiedlichen europäischen Konjunkturverläufe glätten könnte, ist nicht denkbar. Denn das würde in der gegenwärtigen Situation bedeuten, dass Irland Geld an Deutschland überweisen sollte – eine absurde Vorstellung. Enderlein zeichnet ein pessimistisches Bild der wirtschaftlichen Entwicklung in der Eurozone. Seiner Ansicht nach verfügen nur die Niederlande über ein stabilitätspolitisches Instrumentarium, das zur konjunkturpolitischen Steuerung geeignet ist. In allen anderen EWU-Ländern sind Lohnpolitik, Finanzpolitik oder beide dazu noch nicht in der Lage. In Ländern wie Portugal oder Italien sind Gewerkschaften zu schwach und der Regierungseinfluss auf die Lohnpolitik ist zu gering, als dass der Lohn zur konjunkturpolitischen Steuerung eingesetzt werden könnte. Und wo, wie in Deutschland, der Zentralisierungsgrad der Staatsausgaben niedrig ist, kann der Staat fiskalpolitisch relativ wenig ausrichten.

Im Unterschied zu anderen Autoren kommt Enderlein zu dem Ergebnis, dass eine europäische Vereinheitlichung der Lohn- oder der Finanzpolitik nicht nur nicht durchsetzbar, sondern auch nicht wünschenswert wäre. Auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist demzufolge ein kontraproduktiver Mechanismus, der das Auseinanderdriften von Hoch- und Niedriginflationsländern zusätzlich unterstützt.

Auch wenn es paradox erscheinen mag: Gerade unter den Bedingungen des Euro ist eine Europäisierung der Lohnpolitik nur für wenige wünschenswert und für niemanden durchsetzbar. Europäischen Tarifverträgen steht die faktische Wettbewerbssituation, in der sich die nationalen Gewerkschaften heute wieder finden, ebenso entgegen wie die Notwendigkeit unterschiedlicher Lohnentwicklungen unter einem gemeinsamen geldpolitischen Regime. Das eigentümliche Zusammenspiel von Vereinheitlichung und Divergenz in der europäischen Integration verändert die Orientierungen nationaler lohn- und finanzpolitischer Akteure. Dass sie von europäischen Institutionen verdrängt werden, ist nicht zu erwarten. ■